

Sachdokumentation:

Signatur: DS 1455

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/1455



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Die Anti-Markt-Agenda der internationalen Organisationen



DANIEL J. MITCHELL * • Juni 2018

Zusammenfassung

- Diverse internationale Organisationen wurden einst gegründet, um die Entwicklung der Länder zu fördern, indem sie für eine liberale Politik des Freihandels, gesunde Staatshaushalte, Deregulierung und möglichst viel Markt eingestanden sind.
- Heute werden die einstigen Forderungen der OECD, des IWF und weiteren internationalen Organisationen ad absurdum geführt. Mehr Staat, höhere Steuern, weniger Wettbewerb und weniger Markt lauten nun die Forderungen.
- Internationale Organisationen behaupten, höhere Staatsausgaben führten zu einer besseren Entwicklung. Die Beweise dafür bleiben sie allerdings schuldig. Historisch betrachtet war stets das Gegenteil der Fall, was auch am Aufstieg der westlichen Nationen gut beobachtet werden kann.
- Es gibt zwar viele Nationen, die ihre öffentlichen Sektoren ausgedehnt haben, nachdem sie reich geworden sind. Aber diese Nationen wären in den 1800er und frühen 1900er Jahren kaum zu Reichtum gekommen, wenn sie eine grössere steuerliche Belastung gehabt hätten.
- Als Beispiel für ein falsches Verständnis von «Entwicklung» dient die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE). Die EBWE wurde geschaffen, um marktfreundliche Reformen im ehemaligen Ostblock zu fördern. Die EBWE verhindert mit ihrer Praxis der subventionierten Kreditvergabe an ausgewählte Unternehmen jedoch gerade ein Anstieg der Lebensstandards in östlichen Ländern, da sie damit einerseits Märkte verzerrt und andererseits Vetternwirtschaft und Korruption begünstigt.

* Der Autor, Ph.D., ist Ökonom und Präsident des Center for Freedom and Prosperity in Washington, D.C.

In den 1980er und 1990er Jahren wurden internationale Organisationen als Befürworter des «Washington-Konsenses» wahrgenommen, der eine inoffizielle Bezeichnung für eine relativ liberale Agenda von finanzpolitischer Redlichkeit, Deregulierung und offenem Handel war. Es ist schwierig, die Auswirkungen dieses Konsenses zu messen oder Ursache und Wirkung zu ermitteln, aber Daten aus dem vom Liberalen Institut mitherausgegebenen Index für wirtschaftliche Freiheit zeigen, dass die globale wirtschaftliche Freiheit in diesen zwei Jahrzehnten erheblich zugenommen hat.

In den letzten Jahren haben sich diese multilateralen Organisationen jedoch zunehmend von diesem erfolgsversprechenden Kurs verabschiedet. Sie unterstützen heute immer stärker eine tendenziell interventionistische Politik. Das berüchtigtste Beispiel ist das Anti-Steuerwettbewerbs-Projekt der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Die OECD wurde ins Leben gerufen, um Handel und Wachstum in den westlichen Nationen zu fördern. Ihre Kampagne zur Schaffung eines de facto Steuerkartells zur Unterstützung hoher Steuersätze und zur Besteuerung von Kapital war eine bemerkenswerte Abkehr vom Paradigma der Marktwirtschaft hin zum Paradigma des Dirigismus.

Aber das war leider nur der Anfang. Auch andere internationale Organisationen begannen damit, Anti-Markt-Agenden zu verabschieden. Eine der beunruhigendsten Entwicklungen ist, dass diese jetzt explizit für höhere Steuern plädieren, um höhere Staatsausgaben zu ermöglichen – angeblich um Wohlstand zu fördern.

- Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) stellte fest, dass «die Besteuerung von Reichtum [...] eine effektive Methode der Umverteilung sein kann, sowie ein Mittel, um zusätzliche Staatseinnahmen zu generieren.»¹
- Die selbe EBWE schrieb auch, dass «Ungleichheit eine Umverteilung durch Steuern und öffentliche Ausgaben erfordert».²
- Die OECD schrieb: «Eine verstärkte Mobilisierung inländischer Ressourcen ist weithin anerkannt, damit Länder die Herausforderungen der Entwicklung erfolgreich meistern und einen höheren Lebensstandard für ihre Bevölkerung erreichen können.»³
- Die OECD behauptet auch, dass «jetzt die Zeit gekommen sei, Reformen in Betracht zu ziehen, die den Regierungen langfristige, stabile Ressourcen zur

¹ Daniel J. Mitchell, «The European Bank for Reconstruction and Development: Cronyism and Corruption Instead of Growth», *Prosperitas* Vol XII, Issue 1, April 2018. Abrufbar auf: <http://freedomandprosperity.org/2018/publications/the-european-bank-for-reconstruction-and-development-cronyism-instead-of-growth/>.

² Ebd.

³ Organization for Economic Cooperation and Development, «Focus on Top Incomes and Taxation in OECD Countries: Was the crisis a game changer?», OECD, 2014. Abrufbar auf: <http://www.oecd.org/els/soc/OECD2014-FocusOnTopIncomes.pdf>.

Finanzierung der Entwicklung liefern».⁴

- Auch der Internationale Währungsfonds (IWF) unterstützt die wachsende Übertragung von Aufgaben an den Staat. In Nachrichtenberichten wurde der oberste Funktionsträger der Organisation zitiert: «Volkswirtschaften müssen ihre finanzpolitischen Rahmenbedingungen verbessern, [...] indem sie [...] die Einnahmequellen stärken.» Gleichzeitig hielt er fest, dass Besteuerung es den Regierungen ermögliche, zusätzliche Einnahmen zu mobilisieren.»⁵
- Und die Vereinten Nationen (UNO), die eine Steuer auf Milliardäre gefordert haben, um mehr als 400 Milliarden Dollar pro Jahr zu sammeln, kategorisieren solche Steuererhöhungen routinemässig als «Entwicklungsfinanzierung».⁶

Mehr Wohlstand aufgrund höherer Staatsausgaben?

Wie wir sehen, verwenden die internationalen Bürokratien oft clevere Euphemismen für Steuererhöhungen. «Mobilisierung von Einnahmen» und «Mobilisierung von Ressourcen» und «Entwicklungsfinanzierung» sind lediglich verschiedene Formulierungen, um zu sagen, dass ein grösserer Staat durch höhere Steuerlasten finanziert werden sollte.

Es gibt viele Probleme mit dieser ideologischen Einstellung, wonach sich Entwicklung aufgrund eines stärkeren Eingreifens in Märkte herstellt. Erstens ist sie antihistorisch und anti-empirisch. Wenn grössere öffentliche Sektoren der Schlüssel zum Wachstum wären, sollten Befürworter dieser Theorie gefragt werden, wie denn die westliche Welt zu Wohlstand gekommen ist. Schliesslich war die Last der Staatsausgaben in den 1800er und frühen 1900er Jahren sehr gering, als Nordamerika und Westeuropa den Übergang von landwirtschaftlicher Armut zum Wohlstand der Mittelklasse vollzogen.

Illustrativ hierfür ist die folgende Tabelle aus einigen Nachforschungen von Vito Tanzi (im Ruhestand, einst IWF-Mitarbeiter) und Ludger Schuknecht (derzeit Chefökonom im deutschen Finanzministerium).⁷ Interessanterweise waren die fiskalischen Belastungen für die westlichen Länder in den Jahren 1870 und 1913 deutlich geringer als die derzeitigen Ausgaben in Hongkong und Singapur, die nach zeitgenössischen Standards als wirtschaftlich frei gelten. Es ist auch erwähnenswert, dass die meisten westlichen Nationen keine Einkommenssteuern hatten, als sie aus der Armut entkommen konnten.

⁴ Organization for Economic Cooperation and Development, «Rising tax revenues: a key to economic development in Latin American countries», OECD, 25. Januar, 2012. Abrufbar auf: <http://www.oecd.org/newsroom/risingtaxrevenue-sakeytoeconomicdevelopmentinlatinamericancountries.htm>.

⁵ Nicolas Parasie, «IMF Chief Urges Gulf States to Raise Taxes», Wall Street Journal, 22. Februar, 2016. Abrufbar auf: <https://www.wsj.com/articles/imf-chief-urges-gulf-states-to-raise-taxes-1456141250>.

⁶ Agence France Presse, «U.N. calls for 'billionaires tax' to help world's poor» *The Daily Star*, 5. Juli 2012. Abrufbar auf: <http://www.dailystar.com.lb/News/International/2012/Jul-05/179447-un-calls-for-billionaires-tax-to-help-worlds-poor.ashx>.

⁷ Vito Tanzi und Ludger Schuknecht, *Public Spending in the 20th Century: A Global Perspective*, Cambridge University Press, 2000. Abrufbar auf <https://assets.cambridge.org/052166/2915/sample/0521662915wsn01.pdf>

Tabelle 1: Wachstum der Staatsausgaben, 1870-1913 (in Prozent des nationalen BIP)

| | Spätes 19. Jahrhundert um 1870 herum | 1913 |
|---------------------|---|-------------|
| Australien | 18.3 | 16.5 |
| Belgien | ... | 13.8 |
| Deutschland | 10.0 | 14.8 |
| Frankreich | 12.6 | 17.0 |
| Grossbritannien | 9.4 | 12.7 |
| Italien | 13.7 | 17.1 |
| Japan | 8.8 | 8.3 |
| Niederlande | 9.1 | 9.0 |
| Norwegen | 5.9 | 9.3 |
| Österreich | 10.5 | 17.0 |
| Schweden | 5.7 | 10.4 |
| Schweiz | 16.5 | 14.0 |
| Spanien | ... | 11.0 |
| USA | 7.3 | 7.5 |
| Durchschnitt | 10.7 | 12.7 |

Um diese Zahlen anzureichern, sehen wir uns nun die Forschung zur steuerlichen Belastung bis heute an (siehe Abbildung 1).⁸ Wir sehen erneut, dass die Staatsausgaben in den westlichen Ländern in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg nur etwa 10 Prozent der Wirtschaftsleistung verbraucht haben.

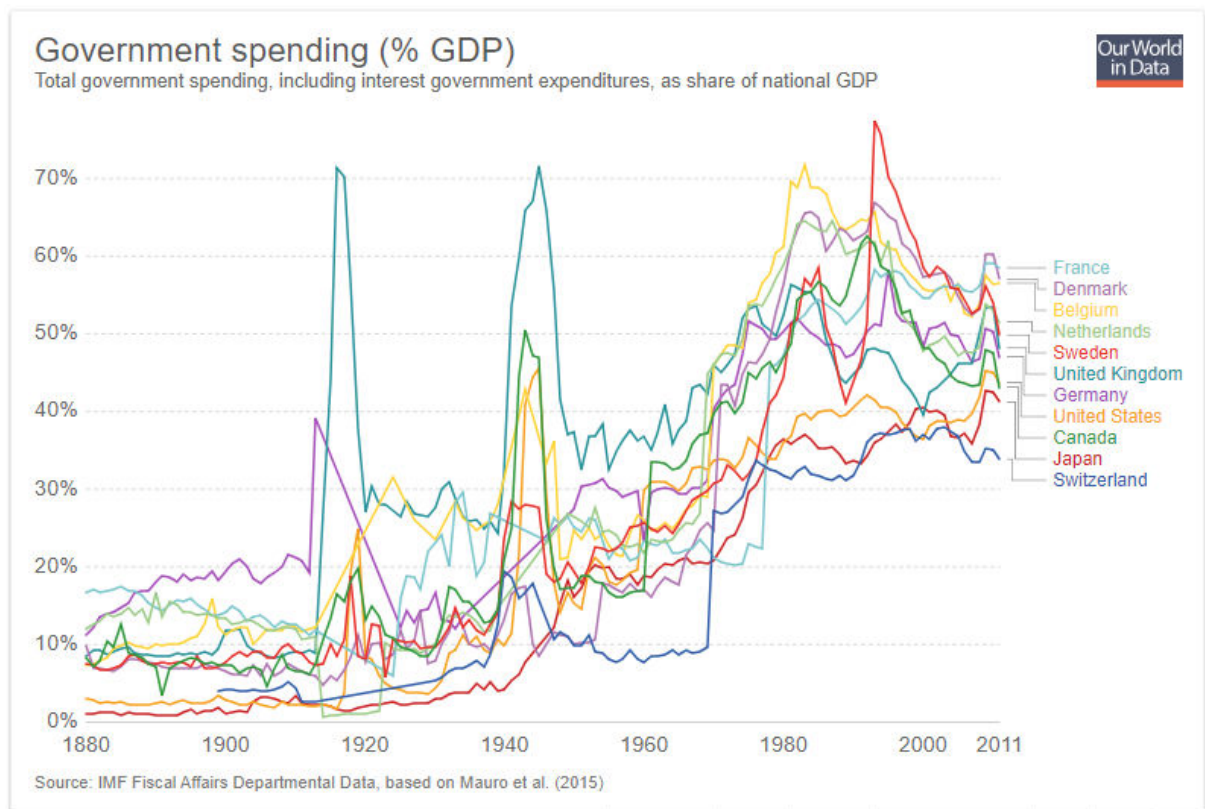
Mit Blick auf diese Zahlen kehren wir zur grundlegenden Frage zurück: Warum fordern internationale Organisationen zwecks Ankurbelung des Wachstums eine höhere steuerliche Belastungen, wenn die Daten doch klar zeigen, dass die Staatsausgaben in der Zeit, in der die westlichen Nationen den grossen Sprung aus der Armut geschafft haben, sehr bescheiden waren? Können die internationalen Bürokratien Beweise für eine Nation liefern, die reich geworden ist aufgrund eines aufgeblähten Staates?

Ja, es gibt viele Nationen, die ihre öffentlichen Sektoren ausgedehnt haben, nachdem sie reich geworden sind. Dieses Phänomen ist in der wissenschaftlichen Literatur als Wagnersches Gesetz bekannt.⁹ Aber wären diese Nationen in den 1800er und frühen 1900er Jahren zu Reichtum gekommen, wenn sie eine grössere steuerliche Belastung aufgrund hoher Staatsausgaben gehabt hätten? Da es historisch keine Beispiele gibt, in denen arme Länder ihren Staat aufblähten und dann reich wurden, dafür unzählige Beispiele, die an Wachstum und Reichtum eingebüsst haben, nachdem sie dies getan hatten, ist die Antwort mit Sicherheit nein.

⁸ Esteban Ortiz-Ospina und Max Roser (2017) – «Public Spending». Online publiziert auf OurWorldInData.org. Abgerufen auf: <https://ourworldindata.org/public-spending>

⁹ Wikipedia, Wagner's Law, abgerufen am 28. Mai 2018 auf https://en.wikipedia.org/wiki/Wagner%27s_law.

Grafik 1: Wachstum der Staatsausgaben, 1880-2011 (in Prozenten des nationalen BIP)



Ausbau des Wohlfahrtsstaates senkt Lebensstandards

Analysieren wir an dieser Stelle doch noch einige historische Daten zu den Sozialausgaben. Es gäbe zwar ein theoretisches Argument, warum etwa Investitionen in die Infrastruktur die Leistung einer Volkswirtschaft steigern können, auch wenn diese Aussage umstritten ist. Aber die oben zitierten internationalen Bürokratien drängen in erster Linie nicht auf höhere Steuern und aufgeblähtere staatliche Budgets, um in die Infrastruktur investieren zu können, sondern um Erweiterungen des Wohlfahrtsstaates zu finanzieren. Sehen wir uns also Vito Tanzi's Daten über die Sozialtransfers im 19. und frühen 20. Jahrhundert an, als die westlichen Nationen florierten.¹⁰ Wie den Zahlen in Tabelle 2 entnommen werden kann, existierte der aktuelle Wohlfahrtsstaat damals noch nicht.

¹⁰ V. Tanzi, I. Stelzer, P. B. Sørensen, D. Snower, D. Lal, A. Brown, A. L. Bovenberg und S. Lawlor, *Poverty or Prosperity: What Tax is Best for a Flourishing Economy?*, Politeia, April 2010. Abrufbar auf: <http://www.politeia.co.uk/poverty-or-prosperity-what-tax-is-best-for-a-flourishing-economy-by-v-tanzi-i-stelzer-p-b-sorenson-d-snower-d-lal-a-brown-a-l-bovenberg-and-s-lawlor/>.

Tabelle 2: Soziale Transfers in Prozenten des nationalen BIP zu aktuellen Preisen in ausgewählten OECD-Ländern, 1880-1995

| | 1880 ^a | 1890 ^a | 1900 ^a | 1910 ^a | 1920 ^a | 1930 ^a | 1960 ^b | 1970 ^b | 1980 ^b | 1980 ^c | 1995 ^c |
|-----------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|
| Australien | 0 | 0 | 0 | 1.12 | 1.66 | 2.11 | 7.39 | 7.37 | 12.79 | 10.90 | 14.84 |
| Belgien | 0.17 | 0.22 | 0.26 | 0.43 | 0.52 | 0.56 | 13.14 | 19.26 | 30.38 | 22.45 | 27.13 |
| Dänemark | 0.96 | 1.11 | 1.41 | 1.75 | 2.71 | 3.11 | 12.26 | 19.13 | 27.45 | 26.44 | 30.86 |
| Deutschland | 0.50 | 0.53 | 0.59 | 0 | 0 | 4.82 | 18.10 | 19.53 | 25.66 | 20.42 | 24.92 |
| Finnland | 0.66 | 0.76 | 0.78 | 0.90 | 0.85 | 2.97 | 8.81 | 13.56 | 19.19 | 18.32 | 31.65 |
| Frankreich | 0.46 | 0.54 | 0.57 | 0.81 | 0.64 | 1.05 | 13.42 | 16.68 | 22.55 | 22.95 | 26.93 |
| Griechenland | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0.07 | 10.44 | 9.03 | 11.06 | 8.67 | 14.43 |
| Grossbritannien | 0.86 | 0.83 | 1.0 | 1.38 | 1.39 | 2.24 | 10.21 | 13.20 | 16.42 | 11.43 | 13.67 |
| Irland | | | | | | 3.74 | 8.70 | 11.89 | 19.19 | 16.20 | 18.30 |
| Italien | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0.08 | 13.10 | 16.94 | 21.24 | 17.10 | 23.71 |
| Japan | 0.05 | 0.11 | 0.17 | 0.18 | 0.18 | 0.21 | 4.05 | 5.72 | 11.94 | 10.48 | 12.24 |
| Kanada | 0 | 0 | 0 | 0 | 0.06 | 0.31 | 9.12 | 11.80 | 14.96 | 12.90 | 18.09 |
| Neuseeland | 0.17 | 0.39 | 1.09 | 1.35 | 1.84 | 2.43 | 10.37 | 9.22 | 15.22 | 16.22 | 18.64 |
| Niederlande | 0.29 | 0.30 | 0.39 | 0.39 | 0.99 | 1.03 | 11.70 | 22.45 | 28.34 | 26.94 | 25.70 |
| Norwegen | 1.07 | 0.95 | 1.24 | 1.18 | 1.09 | 2.39 | 7.85 | 16.13 | 20.99 | 18.50 | 27.50 |
| Österreich | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 1.20 | 15.88 | 18.90 | 23.27 | 23.43 | 21.39 |
| Schweden | 0.72 | 0.85 | 0.85 | 1.03 | 1.14 | 2.59 | 10.83 | 16.76 | 25.94 | 12.97 | 19.01 |
| Schweiz | ... | ... | ... | ... | ... | 1.17 | 4.92 | 8.49 | 14.33 | ... | 18.87 |
| USA | 0.29 | 0.45 | 0.55 | 0.56 | 0.70 | 0.56 | 7.26 | 10.38 | 15.03 | 21.36 | 22.52 |

Quelle: Lindert (2002); OECD (1985)

0 = Null.

Keine Angaben = War damals noch kein souveräner Staat

... = Es ist bekannt, dass es sich hier um eine positive Zahl handelt, die jedoch nicht verfügbar ist.

^a Wohlfahrt, Arbeitslosigkeit, Pension, Gesundheit, Wohngeld

^b OECD alte Serie

^c OECD neue Serie

Die Probleme mit internationalen Organisationen beschränken sich nicht auf die Finanzpolitik. Ebenso problematisch ist die Art und Weise, mit der bestimmte multilaterale Organisationen Moral Hazards fördern, indem sie etwa Hilfspakete zur Rettung maroder Staaten unterstützen. Und es gibt viele weitere Beispiele, wie diese Organisationen die Politik des Dirigismus unterstützen.

Das Beispiel der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung

Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) ist ein Paradebeispiel für diese unglückliche Tendenz. Die EBWE wurde geschaffen, um marktfreundliche Reformen im ehemaligen Ostblock zu fördern. Das war ein sehr löbliches Ziel, aber

es ist unklar, wie eine internationale Bürokratie Wirtschaftsreformen auf nationaler Ebene herbeiführen sollte. Jedenfalls untergräbt das operationelle Modell der EBWE eine Wachstumsreform, da sie auf Vetternwirtschaft beruht. Genauer gesagt existiert sie ausdrücklich deswegen, subventionierte Kredite an ausgewählte Unternehmen zu vergeben. Dieser Ansatz führt zu drei kontraproduktiven Konsequenzen.

1. Fehlllokation von Kapital

Ein «Makro»-Problem, das allen multilateralen Entwicklungsbanken wie auch anderen internationalen Finanzinstitutionen wie dem Internationalen Währungsfonds gemeinsam ist, ist die Tatsache, dass die Entscheidungen dieser Organisationen die Kapitalallokation verzerren.

In einer unverzerrten Volkswirtschaft treffen Sparer, Investoren, Vermittler, Unternehmer und andere Entscheidungen darüber, welche Projekte finanziert werden und welche Unternehmen Investitionen anziehen. Diese privatwirtschaftlichen Teilnehmer tragen Verantwortung, sind also persönlich vom Erfolg oder Misserfolg betroffen, und versuchen daher unermüdlich, das Verhältnis von Risiko und Ertrag zu optimieren. Kluge Entscheidungen, die im Sinne der Kunden sind, werden mit Gewinnen belohnt. Diese sind oft ein Signal für zusätzliche Investitionen, womit die Wünsche der Verbraucher noch besser erfüllt werden können.

Es gibt auch einen Anreiz, sich schnell von scheiternden Projekten und Investitionen zu lösen, die keine von Verbrauchern geschätzten Güter und Dienstleistungen produzieren. Gewinn und Verlust sind daher ein effektiver Rückmeldungsmechanismus, um sicherzustellen, dass die Durchmischung und Strukturierung von Ressourcen ständig optimiert werden, sodass der Wohlstand für die Menschen am höchsten ist.

Die EBWE greift in diesen Prozess ein. Jeder Euro, den sie alloziert, hindert notwendigerweise Kapital an einer optimaleren Nutzung. Verteidiger des Status Quo argumentieren, dass die EBWE eine wichtige Rolle bei der Bereitstellung von Kapital für unterversorgte Regionen spielt. Aber das ist gleich doppelt falsch.

Gute Investitionen einerseits benötigen kein subventioniertes Kapital, insbesondere nicht in einer Welt, in welcher das Kapital frei fließen kann und ständig nach neuen profitablen Möglichkeiten gesucht wird, wie dieses eingesetzt werden könnte. Wenn andererseits Investitionen in einer bestimmten Region tatsächlich nicht attraktiv sein sollten, bedeutet dies entweder, dass es sich bei jenen von der EBWE getätigten Investitionen um eine Verschwendung von Kapital handeln würde, oder dass die politischen Barrieren für eine lohnende Investition zurzeit noch zu hoch sind und die lokale Regierung diese zunächst beheben muss.

2. Vetternwirtschaft

Ein «Mikro»-Problem besteht darin, dass die EBWE gewissermassen Gewinner und Verlierer auswählt. Dies bedeutet, dass ihre Eingriffe notwendigerweise wettbewerbsfähige Märkte verzerren. Jedem Unternehmen, das Geld von der EBWE erhält, wird gegenüber konkurrierenden Unternehmen einen erheblichen Vorteil eingeräumt. Die Vorzugsfinanzierung für handverlesene Firmen der EBWE ist auch eine Möglichkeit, neue

Unternehmen vom Markteintritt abzuhalten, da es keine gleichen Wettbewerbsbedingungen oder ehrlichen Wettbewerb gibt. Darunter leiden letztlich die Konsumenten, welche tendenziell höhere Preise für Güter bezahlen müssen und dafür schlechtere Qualität erhalten.

Der *Economist* bemerkte: «Seit 20 Jahren, von Malaysia bis Mexiko, haben jene Unternehmer, die ihren Reichtum ihrer Verbundenheit mit dem Staat zu verdanken haben – eine goldene Ära hinter sich» und «Branchen, die viel mit dem Staat interagieren, sind anfällig für einen solchen Korporatismus».¹¹

Matt Ridley, der für die britische *Times* schrieb, warnte: «Anhaltender Wohlstand hängt davon ab [...], was der Ökonom Joseph Schumpeter als «kreative Zerstörung» bezeichnete. [...] Es gibt immer mehr Möglichkeiten, seinen Unterhalt aufgrund künstlicher Knappheit zu verdienen, die vom Staat geschaffen wird. [...] Unternehmen werden so in die Vetternwirtschaft der Regierungen eingebunden [...] und sind stark abhängig von Staatsverträgen, Gefälligkeiten oder Subventionen.»¹²

Mit anderen Worten: Vetternwirtschaft ist eine Bedrohung für den Wohlstand. Günstlingswirtschaft bedeutet, dass das Spielfeld unausgewogen ist und dass diejenigen mit politischen Verbindungen einen unfairen Vorteil gegenüber denjenigen haben, die fair miteinander konkurrieren.

Zu allem Überfluss bekommen Länder, die Mittel von der EBWE erhalten, bereits düstere Noten vom Index wirtschaftlicher Freiheit für die zwei Unterkategorien («Staatsunternehmen und Investitionen») sowie «wirtschaftliche Regulierungen»), die vermutlich die besten Messwerte für Vetternwirtschaft sind.¹³ Die Geberländer aus Westeuropa und den Vereinigten Staaten weisen hier gegenüber den Empfängerländern des ehemaligen Ostblocks beträchtliche Unterschiede auf. Sowohl in der Kategorie «Staatsunternehmen und Investitionen» (Geberländer: 8.72, Nehmerländer: 6.54 von 10) als auch «wirtschaftliche Regulierungen» (Geberländer: 7.77, Nehmerländer: 6.62 von 10) haben die Empfängerländer des ehemaligen Ostblocks noch erheblichen Aufholbedarf.

Angesichts der Tatsache, dass die Empfängerländer bereits ein ernstes Problem mit der Günstlingswirtschaft haben, ist es bemerkenswert, dass die EBWE diese schlechten Politiken ermöglicht und fördert. Vor allem auch deshalb, weil die Geberländer – auch wenn sie alles andere als perfekt sind – ihre Volkswirtschaften von der Politik der Kumpanei und des Filzes besser isoliert haben als andere Regionen der Welt.

Manche mögen nun einwenden, dass die Erfolgsbilanz der EBWE (sie hat bislang kein Geld «verloren») sie von der Anklage der Günstlingswirtschaft befreie. Nachträgliche Rentabilität ist jedoch kein Massstab für Erfolg, da subventioniertes Kapital einem Unternehmen einen unverdienten Vorteil gegenüber Wettbewerbern verschafft. Mit anderen

¹¹ *Economist*, «Comparing crony capitalism around the world», 5. Mai 2016. Abrufbar auf <https://www.economist.com/blogs/graphicdetail/2016/05/daily-chart-2>.

¹² Matt Ridley, «Cautious crony organizations stifle innovation», *Times*, 9. April 2018. Abrufbar auf <https://www.thetimes.co.uk/edition/comment/cautious-crony-organisations-stifle-innovation-0bswjhk8p>.

¹³ James Gwartney, Robert Lawson, und andere, *Economic Freedom of the World*, Fraser Institute, 28. September 2017. Abrufbar auf: <https://www.fraserinstitute.org/studies/economic-freedom-of-the-world-2017-annual-report>.

Worten, es ist vielmehr ein Zeichen erfolgreicher Vetternwirtschaft statt erfolgreicher Staatsintervention.

3. Korruption

Wenn Regierungen die Macht haben, willkürlich grosse Geldbeträge auszugeben, kommt das fast schon eine Garantie für Fehlverhalten gleich. In jeder Hinsicht ist die Praxis der Günstlingswirtschaft eine Voraussetzung für Korruption. Die EBWE prahlt offen damit, dass sie Geld in private Taschen lenke. Es vermag daher nicht zu überraschen, dass viele Leute sich auf dubiose Art und Weise darum bemühen, diese öffentlichen Gelder in private Beute umzuwandeln.

In einer Kolumne im *EU Observer* heisst es beispielsweise: «EBWE-Gelder sind in den Taschen von Menschen gelandet, die eng mit dem autoritären Regime von Präsident Alexander Lukaschenko in Weissrussland verbunden sind, was einige Zweifel an den Verifizierungsmechanismen bei der Bank aufkommen lässt und dass das öffentliche Geld, das die EBWE auszahlt, auch tatsächlich den normalen Menschen in ihrem Einsatzgebiet zugutekommt.»¹⁴

Eine weitere Analyse ergab, dass «in den EBWE-Projekten eine zunehmende Anzahl von Fällen sichtbar wird, in denen schwerwiegende Korruptionsvorwürfe anscheinend keine Auswirkungen auf die Haltung der EBWE gegenüber den entsprechenden Projekten oder dem die Projekte führenden Unternehmen gehabt haben.»¹⁵

Nichts davon sollte eine Überraschung sein. Die Empfängerländer erhalten vergleichsweise geringe Werte auf dem Index wirtschaftlicher Freiheit in der Kategorie «Rechtssystem und Eigentumsrechte». Bei den Governance-Indikatoren der Weltbank schneiden sie ebenfalls relativ schlecht ab.¹⁶ Und sie haben auch enttäuschende Zahlen im Korruptionswahrnehmungsindex von Transparency International.¹⁷ So verwundert es nicht, dass Gelder, die angeblich für Entwicklungshilfe ausgegeben werden, die Taschen korrupter Insider füllen. Die EBWE und andere Spender von Hilfsmitteln ermöglichen und erhalten damit in jeder Hinsicht ein System der Korruption.

Ironischerweise deuten sogar die eigenen Untersuchungen der EBWE darauf hin, dass Regierungen Korruption erleichtern und ermöglichen. In einem Arbeitspapier aus dem Jahr 2015 heisst es: «Unerwartete Geldzuflüsse erhöhen die Korruption in den Kommunalverwaltungen. [...] Unsere Ergebnisse deuten darauf hin, dass ein Anstieg der Pro-Kopf-Auszahlung um 10 Prozent zu einem Anstieg der Korruption um 12,2 Prozent

¹⁴ Ionut Apostol, «Lessons Learned for the EBRD», *EU Observer*, 10. April 2012. Abrufbar auf: <https://euobserver.com/opinion/115831>.

¹⁵ CEE Bankwatch Network «Coal and corruption – the case of the European Bank for Reconstruction and Development», Dezember 2013. Abrufbar auf: <https://bankwatch.org/wp-content/uploads/2013/12/EBRD-coal-corruption.pdf>.

¹⁶ World Bank, *Worldwide Governance Indicators*, (abgerufen am 28. Mai 2018). Abrufbar auf: <http://databank.worldbank.org/data/reports.aspx?source=worldwide-governance-indicators>.

¹⁷ Transparency International, *Corruption Perceptions Index, 2017*, 21. Februar 2018. Abrufbar auf: https://www.transparency.org/news/feature/corruption_perceptions_index_2017

führt. [...] Unsere Ergebnisse heben die Governance-Fallstricke der [...] Unterstützung internationaler Organisationen hervor.»¹⁸

Fazit

Um die Welt zu verbessern, besonders für die weniger Wohlhabenden, ist es von entscheidender Bedeutung, die wirtschaftliche Entwicklung und den Lebensstandard zu fördern. Internationale Organisationen jedoch helfen nicht, diese Ziele zu erreichen. In der Tat untergraben solche Organisationen den globalen Wohlstand, indem sie eine dirigistische Agenda mit wachsenden öffentlichen Sektoren und mehr staatlichen Interventionen verfolgen. Es ist unklar, warum Geberländer wie die Schweiz, die USA und andere diese Organisationen weiterhin unterstützen sollten.



LIBERALES INSTITUT

Impressum

Liberales Institut
Rennweg 42
8001 Zürich, Schweiz
Tel.: +41 (0)44 364 16 66
Fax: +41 (0)44 364 16 69
libinst@libinst.ch

Alle Publikationen des Liberalen Instituts finden Sie auf
www.libinst.ch.

Disclaimer

Das Liberale Institut vertritt keine Institutspeditionen. Alle Veröffentlichungen und Verlautbarungen des Instituts sind Beiträge zu Aufklärung und Diskussion. Sie spiegeln die Meinungen der Autoren wider und entsprechen nicht notwendigerweise den Auffassungen des Stiftungsrates, des Akademischen Beirates oder der Institutsleitung.

Die Publikation darf mit Quellenangabe zitiert werden.
Copyright 2018, Liberales Institut.

¹⁸ Elena Nikolova und Nikolay Marinov, «Do public fund windfalls increase corruption? Evidence from a natural disaster», Working Paper No. 179, European Bank for Reconstruction and Development, April 2015. Abrufbar auf: <http://www.ebrd.com/documents/oce/do-public-fund-windfalls-increase-corruption-evidence-from-a-natural-disaster.pdf>.